

# Pressemitteilung

## Zusatzversorgungsbericht 2011

veröffentlicht am 10.02.2011

<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2011.pdf>

Zu Ende jeden Jahres gibt die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) einen Geschäftsbericht (allgemeiner Teil, statistischer Teil) für den ein Jahr zurückliegenden Berichtszeitraum heraus. Der statistische Teil des VBL-Geschäftsberichts ist jedoch nicht für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich. Ende 2010 erschien der Geschäftsbericht der VBL für den Berichtszeitraum 2009. Der vorliegende Zusatzversorgungsbericht 2011 basiert auf dem Zahlenmaterial aus dem statistischen Teil des VBL-Geschäftsberichts für 2009 und setzt sich kritisch mit den realen und prognostizierten Zahlen auseinander. Der Zusatzversorgungsbericht 2011 versucht, für die Öffentlichkeit Transparenz des VBL-Datenmaterials zu schaffen.

Der Zusatzversorgungsbericht 2011 analysiert das gesamte verfügbare Zahlenmaterial über die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (ZÖD) für die Pflichtversicherten und Rentner, die dem Abrechnungsverband West der Versorgungsanstalt des Bundes und Länder (VBL) angehören.

Der **Zusatzversorgungsbericht** beschränkt sich – wie der Vierte Versorgungsbericht der Bundesregierung 2009 – auf die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) als größte Zusatzversorgungskasse. Die Rentenleistungen der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) bleiben daher in diesem Bericht – anders als noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2005 - ebenso außer Betracht wie die Leistungen aus der Beamtenversorgung.

Im Mittelpunkt des Berichts stehen die Rentenleistungen der VBL im Abrechnungsverband West und hier insbesondere die „reinen“ **Versicherungsrenten**, also die Renten aus einer aktiven Pflichtversicherung.

**Prognosen** über künftige Versorgungsausgaben der VBL, Anzahl der künftigen Rentner und Höhe der künftigen Renten werden nur für den 6-Jahres-Zeitraum von 2010 bis 2015 erstellt. Es ist davon auszugehen, dass die Versorgungsausgaben in den Jahren 2012 bis 2015 stagnieren oder gar zurückgehen. Gründe sind der Renteneintritt der ehemals rentenfernen Jahrgänge (ab 1947) mit um rund ein Viertel sinkenden Zahlbeträge bei den Rentenneuzugängen, die stufenweise Erhöhung der Regelaltersgrenze ab Jahrgang 1947 sowie der Wegfall der Altersrenten mit Vollendung des 60. Lebensjahres für Frauen, wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit ab Jahrgang 1952.

Der Zusatzversorgungsbericht 2011 der Autoren Fischer und Siepe gibt Auskunft über die Höhe der Versorgungsausgaben, die durchschnittliche Höhe der Rentenzahlbeträge und die Anzahl der Rentner bei der VBL im Abrechnungsverband West.

**Der dramatische Anstieg der Versorgungsausgaben und der Rentneranzahl laut Vorausrechnungen durch das von der VBL beauftragte Sachverständigenbüro ist bisher überhaupt nicht eingetreten. Der Anstieg hat sich vielmehr abgeflacht und wird in den Jahren 2012 bis 2015 höchstwahrscheinlich komplett entfallen. Die Vorausrechnungen bis zum Jahr 2015 laut Viertem Versorgungsbericht der Bundesregierung 2009 sind bereits heute Makulatur.**

**Die vorgelegten Zahlen können eine weitere Leistungskürzung bei der Zusatzrente nicht rechtfertigen. Eine zusätzliche Leistungskürzung bei der Punkterente würde zudem vor allem jüngere Jahrgänge treffen und die Attraktivität der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst weiter schwächen.**

**Um darüber hinaus die diagnostizierten erheblichen Rentenkürzungen für die Jahrgänge ab 1947 sowie die nachgewiesene Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen von Rentenfernen (zum Beispiel alleinstehende, lang dienende Ältere) zu vermeiden, sollten die Tarifparteien eine Neuregelung der Startgutschriften für Rentenferne beschließen.**

**Im Einzelnen:**

### **1. Höhe der Versorgungsausgaben**

**Die bisherigen Prognosen über die Versorgungsausgaben der VBL West sind viel zu hoch gegriffen.**

**Im Jahr 2009 lagen beispielsweise die tatsächlichen Versorgungsausgaben um 9 Prozent unter den noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 prognostizierten 4,81 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2002 sind die Versorgungsausgaben nur um knapp 20 Prozent gestiegen und nicht, wie prognostiziert, um über 30 Prozent.**

**Die Ausgaben für Versicherungsrenten im engeren Sinne (also nur Versichertenrenten aus aktiver Pflichtversicherung) erhöhten sich von 2002 bis 2009 nur um knapp 11 Prozent bzw. durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr.**

**Spätestens ab dem Jahr 2012 ist mit einem Stillstand oder sogar einem Rückgang der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2015 zu rechnen, bevor dann die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.**

**Die Gründe für konstante oder gar sinkende Versorgungsausgaben in den Jahren 2012 bis 2015 liegen vor allem in sinkenden Rentenzahlbeträgen für die Rentenneuzugänge der ehemals rentenfernen Jahrgänge ab 1947 sowie dem Wegfall der vorgezogenen Altersgrenze mit vollendetem 60. Lebensjahr für Frauen, wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit für alle Jahrgänge ab 1952. Hinzu kommt für alle Jahrgänge ab 1947 noch die stufenweise Heraufsetzung der Regelaltersgrenze.**

## **2. Anzahl der Rentner**

**Hauptgrund für die Fehlprognosen der letzten Jahre ist vor allem die zu hoch geschätzte Anzahl der Rentner bei der VBL.**

**Die tatsächliche Zahl der Versicherungsrentner lag im Jahr 2009 um 11 Prozent unter den von der Bundesregierung im Jahr 2005 geschätzten insgesamt 1,16 Millionen.**

**Gegenüber 2002 ist die Zahl der Rentner insgesamt nur um 9 Prozent bzw. durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr gestiegen und damit deutlich geringer als die prognostizierten 22 Prozent insgesamt bzw. 2,9 Prozent im Jahresdurchschnitt.**

## **3. Höhe der Rentenzahlbeträge**

**Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge pro Monat für die Versicherungsrentner sind in den Jahren 2006 bis 2009 nur noch um 0,7 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr auf zuletzt 413 Euro gestiegen, obwohl die Bestandsrenten jährlich um 1 Prozent nach oben angepasst wurden.**

**Im vorliegenden Bericht wird nachgewiesen, dass die Rentenzahlbeträge bei den Neuzugängen ab dem Jahr 2005 schleichend sinken.**

**Ab dem Jahr 2012, wenn ausschließlich rentenferne Jahrgänge (ab 1947) in Rente gehen, wird es einen dramatischen Einbruch um bis zu einem Viertel bei den Zahlbeträgen für Neurentner geben.**

Wiernsheim / Erkrath, den 10.02.2011

Dr. Friedmar Fischer  
Werner Siepe

friedmar.fischer@t-online.de  
werner-siepe@arcor.de